

# Nordkoreas indirekte Einnahmen aus dem Verkauf von Produkten auf nordamerikanischen und europäischen Märkten

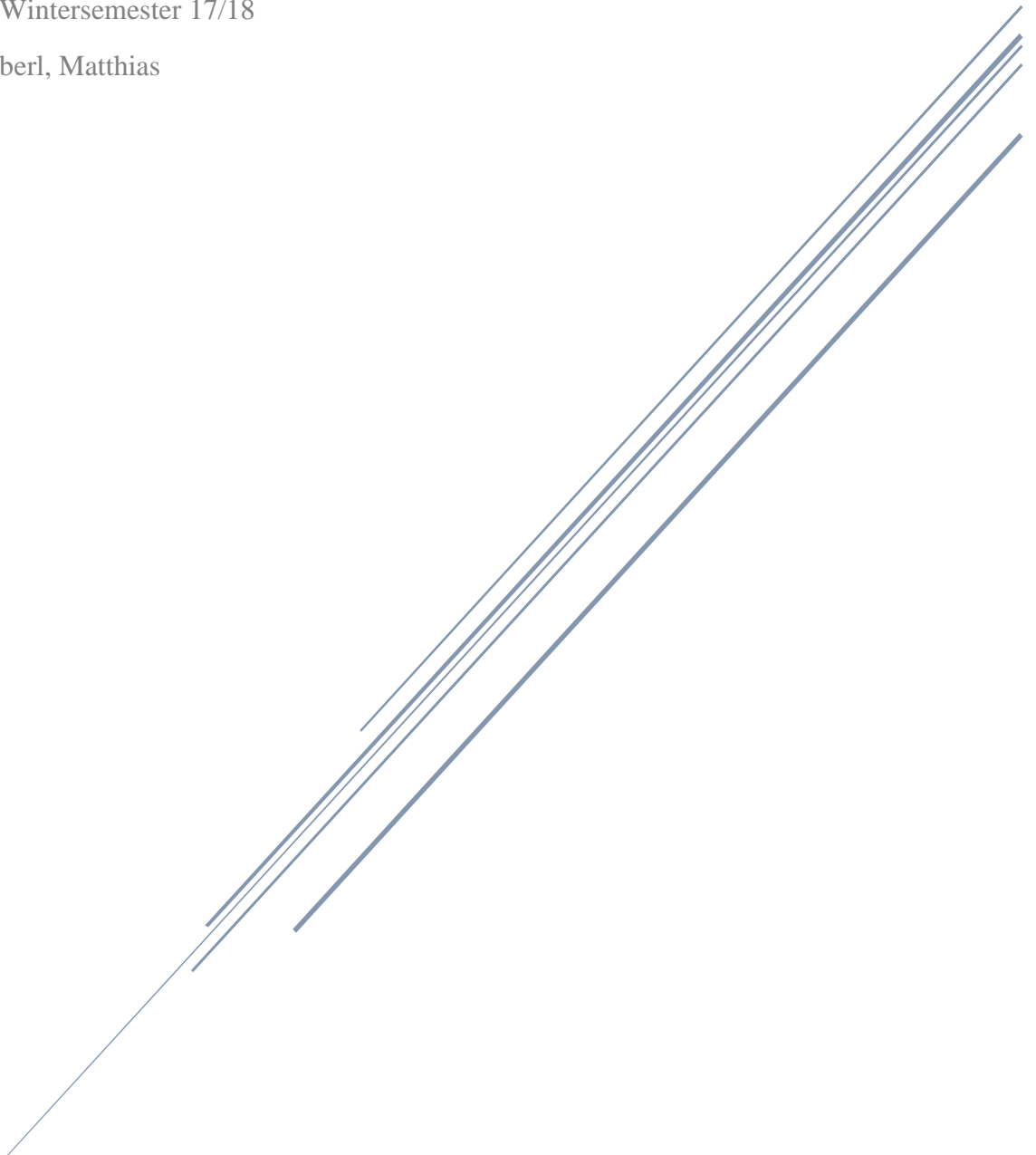
Autor: Seidenath, Manuel

Matrikel-Nummer: 03676789

Studiengang: Ingenieurwissenschaften (TU München; MSE)

Semester: Wintersemester 17/18

Prüfer: Haberl, Matthias



Carl-von-Linde-Akademie (TU München)  
Globale Zusammenhänge erkennen

In der jüngeren Vergangenheit sorgte Nordkorea häufig international für Aufsehen durch die Tests von Interkontinentalraketen, die nach eigenen Angaben mit Atomsprenköpfen bestückt werden könnten.<sup>i</sup> Die europäischen und amerikanischen Regierungen verurteilten diese Raketentests scharf und reagierten mit immer strikteren wirtschaftlichen Sanktionen. Die Liste der europäischen Embargos gegen Nordkorea ist dementsprechend lang.<sup>ii</sup> Beispielsweise ist die unmittelbare oder mittelbare Ausfuhr von Rüstungsgütern oder Schlüsselkomponenten für Massenvernichtungswaffen nach Nordkorea verboten. Die genannten Embargos sollen aus ersichtlichen Gründen ein weiteres Voranschreiten des nordkoreanischen Atomprogramms verhindern. Darüber hinaus gibt es weitere kürzlich erlassene Embargos gegen Nordkorea, um die dortige Wirtschaft so weit zu schwächen, dass die Kim-Jong-Un-Diktatur zur Vernunft zurückkehrt und ihr Atomprogramm einstellt. Zum Beispiel ist die Einfuhr der nordkoreanischen Hauptexportgüter nach Europa verboten, also insbesondere von Mineralien, Metallprodukten, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Fischereiprodukten.<sup>iii</sup> Jedoch verdient die nordkoreanische Regierung nicht nur an dem Export von Waren, sondern auch an dem Export von Arbeitskraft. Schätzungen zufolge arbeiten nämlich weltweit 30.000 bis 100.000 Nordkoreaner im Ausland, um der eigenen Regierung einen Großteil ihres Lohns abzugeben.<sup>iv</sup> Dabei arbeiten sie häufig bis zu 20 Stunden am Tag und werden ständig von Regierungsmitarbeitern beaufsichtigt.<sup>v</sup> Deswegen verpflichteten sich die europäischen Mitgliedsstaaten im Oktober 2017 dazu, keine neuen Arbeitserlaubnisse an Nordkoreaner auszustellen. Zudem sollen nordkoreanische Arbeiter statt bisher 15.000 Euro bald nur noch 5.000 Euro aus Europa in die Heimat überweisen dürfen.<sup>vi</sup> In den USA müssen Firmen sogar mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen, wenn sie Produkte anbieten, die von nordkoreanischen Arbeitern produziert wurden. Jedoch gibt es - trotz aller Sanktionen - einige Anzeichen, dass Nordkorea durch den Verkauf von Produkten auf dem amerikanischen und europäischen Markt profitiert.<sup>iv</sup> Der Grund hierfür sind die komplexen Lieferketten der Konzerne, die es den Zoll- und Grenzschutzbeamten in Europa oder Amerika nahezu unmöglich machen, nachzuvollziehen, wo und von wem ein Produkt gefertigt wurde. Im Folgenden sollen zwei Produkt-Beispiele aufgeführt werden, bei deren Herstellung die Regierung Nordkoreas von Arbeitern in fremden Ländern profitiert.

Die meisten im Ausland arbeitenden Nordkoreaner kommen in China und Russland zum Einsatz. Deswegen bezieht sich das erste Beispiel auf Produkte aus Fabriken in der chinesischen Stadt Hunchun. Diese Stadt liegt sowohl nahe der nordkoreanischen als auch nahe der russischen Grenze und hat rund 250.000 Einwohner.<sup>vii</sup> Ein Großteil der Waren aus Hunchuner Fabriken sind Fischerei-Produkte, wie Eismeerkrabben, Lachsfilets oder

Tintenfischringe. Viele der Fabrikgebäude dort sind von hohen Zäunen umgeben und werden mit nordkoreanischen Propaganda-Parolen beschallt. Die Arbeiter werden den Beobachtungen eines Associated-Press-Journalisten zufolge rund um die Uhr bewacht und gehen immer paarweise oder in Gruppen von ihren Unterkünften zu den Fabriken.<sup>viii</sup> Offensichtlich sollen diese Maßnahmen gegenseitige Kontrolle gewährleisten, Fluchtpläne verhindern und spontane Fluchtversuche unterbinden. Dass die in Hunchun produzierten Waren auf nordamerikanische und europäische Märkte gelangten, belegen einige Lieferdokumente und Produktverpackungen, die man in Hunchun fand. Unter anderem fand man Verpackungen für Produkte, die in den Supermarktketten Walmart, Aldi oder der Rewe-Gruppe angeboten werden bzw. wurden.<sup>viii</sup> Die Indizien belegen damit, dass die genannten Konzerne wissentlich oder unwissentlich von Menschenhandel und Zwangsarbeit profitierten und die nordkoreanische Regierung über Umwege finanziell unterstützten. Nachdem man den Walmart-Konzern mit den Vorwürfen konfrontierte, antwortete eine Sprecherin, dass man den Lieferanten „bereits vor einem Jahr verboten“ habe, Waren aus Hunchun zu beziehen.<sup>viii</sup> Dieses Statement macht deutlich, wie komplex die Lieferketten im Welthandel tatsächlich sind. Denn offensichtlich kennen viele Firmen die Arbeiter und Produktionsstandorte ihrer Lieferanten nicht genau. Die Walmart-Stellungnahme zeigt auch das geringe Interesse einiger Unternehmen, ihre Lieferanten regelmäßig und verlässlich zu kontrollieren. Besonders in Industriezweigen, die bereits öfter durch Menschenrechtsverletzungen auffielen, ist eine Kontrolle der Arbeitsbedingungen in der gesamten Lieferkette empfehlenswert. Einerseits brüsten sich die meisten Firmen damit, keine Menschenrechtsverletzungen zu dulden, andererseits sind sie anscheinend nicht bereit, die Zusatzkosten für diese strikte Kontrolle zu übernehmen. Auch der Abbruch einer lukrativen Geschäftsbeziehung mit einem Lieferanten ist vermutlich eine zu große Hürde, um Arbeiterrechte durchzusetzen.

Man könnte meinen, dass der nordkoreanische Export von Zwangsarbeitern nur in Länder möglich ist, die ohnehin einen sehr niedrigen Arbeitsstandard haben. Jedoch arbeiten sogar in der EU Nordkoreaner häufig unter schlechten Bedingungen. Sie werden hauptsächlich in Werften, auf Baustellen und in Agrarbetrieben eingesetzt. Im Jahr 2016 hatten 625 nordkoreanische Arbeiter eine gültige Arbeitserlaubnis für die EU, 534 davon waren in Polen angestellt. Und im ersten Halbjahr 2017 wurden in Polen 188 neue Arbeitsgenehmigungen ausgestellt.<sup>ix</sup> Deswegen geht es im zweiten Beispiel um polnische Werften, in denen nordkoreanische Arbeiter beschäftigt wurden bzw. werden. Dazu zählt unter anderem die Danziger Crist-Werft. Dort werden Schiffe und Komponenten für Offshore-Windparks, Groß-Durchmesser-Pipelines und Bohrinseln gefertigt. Crist exportiert seine Produkte und

Dienstleistungen unter anderem nach Norwegen, Dänemark, Deutschland, Holland und Frankreich.<sup>x</sup> Sogar die dänische Marine ließ ihr Kriegsschiff „Lauge Koch“ teilweise von Crist produzieren.<sup>xi</sup> In der Crist-Werft kam es am 24. August 2014 zu einem Vorfall, der viele Informationen über die dortigen Arbeitsbedingungen lieferte. Denn an besagtem Datum erlitt ein Nordkoreaner bei Schweißarbeiten starke Brandverletzungen, denen er am Tag darauf erlag.<sup>xii</sup> Die folgenden kriminologischen Ermittlungen ergaben, dass das Opfer weder Schutzkleidung getragen hatte noch hinreichend geschult oder versichert war.<sup>xiii</sup> Außerdem arbeitete der Mann mehr als 12 Stunden pro Tag und 6 Tage pro Woche.<sup>xii</sup> Ähnlich wie in Hunchun stehen auch die nordkoreanischen Arbeiter in Polen unter strikter Kontrolle. Sie haben keinen Kontakt zur Außenwelt, sind stets zur gegenseitigen Kontrolle in Gruppen unterwegs, dürfen nicht fernsehen oder Mobiltelefone besitzen. Des Weiteren wird jedem Arbeiter zu Beginn des Auslandsaufenthalts der Pass abgenommen, vermutlich um die Reisemöglichkeiten im Falle eines Fluchtversuchs einzuschränken.<sup>xiii</sup> Dass diese Zustände ein drastischer Verstoß gegen geltendes polnisches Recht sind, wird dabei offenbar einfach ignoriert. Ein weiterer interessanter Punkt ist, dass die Nordkoreaner in Polen keine individuellen Arbeitsverträge unterzeichnen, sondern gesammelt über Personalagenturen vermittelt werden. Diese Agenturen sind oft intransparente Konstrukte aus nordkoreanischen und polnischen Scheinfirmen oder Agenturen und gehören meistens hochrangigen nordkoreanischen Beamten. Die Danziger Crist-Werft schloss die Arbeitsverträge für die nordkoreanischen Arbeiter beispielsweise über die polnische Agentur Armex.<sup>xii,xiv</sup> Durch das Prinzip der Sammelverträge lässt man die Arbeiter in Unkenntnis über ihr tatsächliches Gehalt, ihre Arbeitszeiten oder ihre Rechte. So können die Aufseher einen Großteil der Löhne - meistens der polnische Mindestlohn - einbehalten und nach Nordkorea weiterleiten.<sup>xiii,xv</sup>

Anhand der Beispiele ist zu erahnen, wie komplex die globalen Lieferketten sind und wie schwer es ist, in einer derart vernetzten Welt mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen ein Unrechts-Regime vorzugehen. Nordkorea hat einige Schlupflöcher gefunden, mit denen die europäischen und amerikanischen Embargos umgangen werden können. Und vermutlich wird es durch die intransparenten Strukturen des liberalen Welthandels immer Wege geben, um die Finanzierung des eigenen Atomwaffenprogramms aufrecht zu erhalten. Es ist aber auch zu erwähnen, dass die Auslandsarbeitsplätze unter den Nordkoreanern sehr beliebt sind, weil die Arbeitsbedingungen in Nordkorea häufig weitaus schlechter sind. Um eine Stelle im Ausland zu bekommen, müssen die Nordkoreaner eine Reihe von Kriterien erfüllen. Beispielsweise müssen die Arbeiter bestimmte professionelle Fähigkeiten besitzen, der Partei von Diktator Kim Jong Un angehören und Loyalität zum Regime beweisen. Außerdem müssen sie

ausreichende verwandtschaftliche Bindungen - beispielsweise eine funktionierende Ehe oder Kinder - in der Heimat haben. Dieses verwandtschaftliche Pfand soll die Wahrscheinlichkeit einer Flucht verringern. Sollte ein Arbeiter fliehen, wird dessen Familie dafür bestraft.<sup>xv</sup> Trotz allem schadet der Export von Arbeitskraft möglicherweise dem nordkoreanischen Regime langfristig, denn die wichtigste Stütze der Diktatur - das Propagandasystem - kann dadurch in sich zusammenfallen. Die Propaganda lebt davon, dass sie die einzige Informationsquelle für die Menschen in dem Land ist. Wenn jedoch viele Nordkoreaner in fremden Ländern kleinste Eindrücke anderer Staatsformen mitbekommen, führt das auf Dauer unweigerlich zu einer alternativen Mund-zu-Mund-Propaganda. Der Glaube in der Bevölkerung, dass die Staatspropaganda Wahrheit verkünde, wäre gebrochen und das Regime wäre stark durch das eigene Volk gefährdet. Es bleibt also noch Hoffnung auf eine friedliche Revolution und eine Verbesserung der Zustände in Nordkorea.

## Literaturverzeichnis:

---

- <sup>i</sup> HANDELSBLATT (2017): Nordkorea kann Raketen wohl mit Mini-Atomsprengeköpfen bestücken.  
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/neue-bedrohung-fuer-die-usa-nordkorea-kann-raketen-wohl-mit-mini-atomsprengekoeppen-bestuecken/20163230.html> (Stand: 29.12.2017).
- <sup>ii</sup> WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH (2017): Aktueller Stand der Sanktionen gegen Nord-Korea.  
[https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/Aktueller\\_Stand\\_der\\_Sanktionen\\_gegen\\_Nord-Korea.html](https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/Aktueller_Stand_der_Sanktionen_gegen_Nord-Korea.html) (Stand: 29.12.2017).
- <sup>iii</sup> WIKIPEDIA (2017): Wirtschaft Nordkoreas.  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft\\_Nordkoreas#Landwirtschaftliche\\_Produkte](https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_Nordkoreas#Landwirtschaftliche_Produkte) (Stand: 29.12.2017).
- <sup>iv</sup> ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN (2017): Nordkorea: Durch Zwangsarbeit ans große Geld.  
<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/nordkorea-trotzt-den-sanktionen-und-verdient-durch-100.html> (Stand: 29.12.2017).
- <sup>v</sup> ZEIT ONLINE (2015): UN kritisieren Zwangsarbeit von Nordkoreanern im Ausland.  
<http://www.zeit.de/politik/2015-10/nord-korea-vereinte-nationen-zwangsarbeit> (Stand: 29.12.2017).
- <sup>vi</sup> ZEIT ONLINE (2017): EU erweitert Sanktionen gegen Nordkorea.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/atomkonflikt-nordkorea-eu-sanktionen> (Stand: 29.12.2017).
- <sup>vii</sup> WIKIPEDIA (2017): Hunchun.  
<https://en.wikipedia.org/wiki/Hunchun> (Stand: 30.12.2017).
- <sup>viii</sup> WELT (2017): Aldi-Verpackungen in Werk mit nordkoreanischen Arbeitern entdeckt.  
<https://www.welt.de/politik/ausland/article169381271/Aldi-Verpackungen-in-Werk-mit-nordkoreanischen-Arbeitern-entdeckt.html> (Stand: 30.12.2017).
- <sup>ix</sup> ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN (2017): In Polen schufteten für Kim Jong Un.  
<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/nordkoreaner-in-der-eu-in-polen-schufteten-sklaven-fuer-kim-100.html> (Stand: 02.01.2018).
- <sup>x</sup> CRIST S. A. (2017): Reference list.  
<http://www.crist.com.pl/reference-list,3,en.html> (Stand: 02.01.2018).
- <sup>xi</sup> SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER ZEITUNGSVERLAG (2017): 45 Zwangsarbeiter aus Nordkorea bauten an dänischem Kriegsschiff mit.  
<https://www.shz.de/deutschland-welt/politik/45-zwangsarbeiter-aus-nordkorea-bauten-an-daenischem-kriegsschiff-mit-id17921831.html> (Stand: 02.01.2018).
- <sup>xii</sup> DER TAGESPIEGEL (2016): Zwangsarbeit mitten in Europa.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/sklavenaehnliche-verhaeltnissen-zwangsarbeit-mitten-in-europa/13669314.html> (Stand: 02.01.2018).
- <sup>xiii</sup> FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (2017): Nordkoreanische Arbeiter werden in Polen ausgebeutet. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/missachtung-des-arbeitsrechts-so-leben-die-nordkoreanischen-arbeiter-in-polen-15189868.html> (Stand: 02.01.2018).
- <sup>xiv</sup> THE TELEGRAPH (2017): Polish firms employing North Korean 'slave labourers' benefit from EU aid.  
<http://www.telegraph.co.uk/news/2016/05/31/polish-firms-employing-north-korean-slave-labourers-benefit-from/> (Stand: 02.01.2018).
- <sup>xv</sup> ZEIT ONLINE (2016): Schufteten für den Führer.  
<http://www.zeit.de/2016/13/nordkorea-zwangsarbeiter-ausland-polen/komplettansicht> (Stand: 02.01.2018).